

Förderantrag Wohnraum für Auszubildende und Studierende

Bewilligungsbehörde

Antragstellende Personen/antragstellendes Unternehmen
Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Bevollmächtigte Person/Firma
Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse

Förderobjekt
(Projektbezeichnung und Adresse)

Datum der Antragstellung

Aktenzeichen Bewilligungsbehörde

Eingangsstempel Gemeinde

Eingangsstempel Bewilligungsbehörde

Förderdarlehen/Tilgungsnachlass für die Neuschaffung von Wohnplätzen für Auszubildende und Studierende durch

Neubau Nutzungsänderung oder Erweiterung

Zusatzdarlehen für:

standortbedingte Mehrkosten	Klimaanpassungsmaßnahmen und besondere Wohnumfeldqualitäten
Energieeffizienz	Bauen mit Holz
städtebauliche oder gebäudebedingte Mehrkosten	ein Mehr an barrierefreiem Wohnen
Planungswettbewerbe	

Förderdarlehen bestehend aus:

Grunddarlehen _____ €
 und Zusatzdarlehen _____ €

Gebäudeübergreifende Angaben

Dauer der Zweckbindung¹

25 Jahre 30 Jahre 35 Jahre 40 Jahre

Anzahl Tiefgaragenstellplätze _____

Anzahl Garagenstellplätze _____

Anzahl oberirdischer Stellplätze _____

Anerkennung als Quartiersmaßnahme liegt vor

Quartiersbezeichnung _____

¹ Nach FRL öff Wohnen NRW 2026 Nr. 5.3 beträgt die Dauer der Zweckbindung für alle öffentlich-geförderten Wohnplätze wahlweise 25 oder 30 Jahre. In Kommunen mit dem Mietniveau M4 und M4+ kann eine Zweckbindung von 35 oder 40 Jahren zugelassen werden, wenn die nachhaltige Vermietbarkeit gesichert ist.

Baugrundlagen

Durchführungsdauer der geplanten Maßnahmen in Monaten _____

Grundstück ist bereits bebaut

Bestehendes Gebäude bleibt erhalten

Baugenehmigung ist erforderlich

Ja

Nein

Status der Baugenehmigung

Baugenehmigung wurde beantragt

Baugenehmigung wurde erteilt

Erteilt am

Aktenzeichen

Erteilt von

Mit den Bauarbeiten wurde begonnen

Nein

Ja²

Eigentumsverhältnisse des Grundstücks

Im Eigentum

Erbbaurecht

Kaufvertrag wird abgeschlossen

Kaufvertrag wurde abgeschlossen

Datum Kaufvertrag

Vorhandene Werte und Verbindlichkeiten

Darlehensrestschuld zum Zeitpunkt
der Antragstellung

Wert der vorhandenen Gebäudesubstanz³

Wert des vorhandenen Baugrundstücks²

² Zur Prüfung eines potenziellen Förderausschlusses wenden Sie sich bitte an die zuständige Bewilligungsbehörde.

³ Hier sind nur Werte einzutragen, wenn das Grundstück nicht in den Gesamtkosten berücksichtigt wird (S. 10, KG 100).

Gebäudeaufstellung

Adresse

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Objektausgestaltung Wohnraum für Auszubildende und Studierende

Hinweis: Die separate Erfassung von Auszubildenden und Studierenden dient insbesondere der Beurteilung des vorgesehenen Förderkonzeptes. Alle Wohnplätze können unabhängig davon wechselseitig durch Auszubildende und Studierende belegt werden.

Kategorie	Gesamtes Objekt	Zur Förderung vorgesehen
Anzahl der Wohnplätze für eine Person für Auszubildende	_____	_____
Anzahl der Wohnplätze für eine Person für Studierende	_____	_____
Anzahl der Wohngemeinschaften mit Wohnplätzen	_____	_____
Anzahl der Wohnplätze in Wohngemeinschaften für Auszubildende	_____	_____
Anzahl der Wohnplätze in Wohngemeinschaften für Studierende	_____	_____
Gesamtwohnfläche der Wohnplätze für Auszubildende	_____ m ²	_____ m ²
Gesamtwohnfläche der Wohnplätze für Studierende	_____ m ²	_____ m ²
Fläche der Gemeinschaftsräume	_____ m ²	_____ m ²

Baujahr der vorhandenen Gebäudesubstanz _____

Nicht zur Förderung vorgesehen Einheiten im Gebäude

Anzahl der Gewerbeeinheiten

Gesamtnutzfläche der Gewerbeeinheiten

Höchstzulässige Miete je Wohnplatz

Bewilligungsmiete _____ €

Zuschlag für Erstausrüstung mit Einbaumöbeln _____ €

Zuschlag für die Versorgung mit Internet _____ €

Zuschlag für weitere mietvertragliche Nebenleistungen _____ €

BEG Effizienzhaus 40 Standard

Netto-Null-Standard

Förderfähiger Einsatz von Holz _____ kg

Anzahl elektrisch bedienbarer Wohnungstüren _____

Anzahl elektrisch bedienbarer Hauseingangs-,
Wohnungseingangs- und Brandschutztüren _____

Anzahl Wohnplätze für Rollstuhlnutzende
oder Menschen mit Schwerbehinderung _____

Anzahl Türen mit schwellenlosem
Übergang zu Freibereichen _____

Anzahl rollstuhlgerechter, unterfahrbarer
Einbauküchen _____

Städtebaulicher Wettbewerb (alle förderfähigen Wohneinheiten dieses Gebäudes)

Hochbaulicher Wettbewerb (alle förderfähigen Wohneinheiten dieses Gebäudes)

Grundbuchangaben und Vorlasten

Grundbuch _____ Wohnungsgrundbuch

Teileigentumsgrundbuch _____ Erbbaugrundbuch

Wohnungserbbaugrundbuch _____ Teileigentumserbbaugrundbuch

Restlaufzeit Erbbaurecht _____ Jahre

_____ Ortsgericht _____ Ort Grundbuch

_____ Gemarkung _____ Blatt

_____ Flur(e)

_____ Flurstück(e)

_____ Flurstück(e) neu

Grundstücksgröße _____ m²

Baulasten zugunsten oder zulasten des Förderobjekts sind vorhanden

Art Baulasten

Altlasten laut Verzeichnis der Altstandorte und Altablagerungen sind vorhanden

Art Altlasten

Vorränge Abteilung II

Kostenaufstellung

Baugrundstück

KG 100: Grundstück (Kaufpreis) _____

KG 200: Vorbereitende Maßnahmen _____

Baukosten

KG 300: Bauwerk – Baukonstruktion _____

KG 400: Bauwerk – Technische Anlagen _____

KG 500: Außenanlagen und Freiflächen _____

Nebenkosten

KG 700: Baunebenkosten _____

KG 800: Finanzierung _____

Kosten für Unvorhergesehenes _____

Summe Gesamtkosten

Nachrichtlich: Angaben zu kostenabhängigen Zusatzdarlehen⁴

Förderfähige standortbedingte Mehrkosten _____

Förderfähige Herstellungskosten für Klimaanpassungs-
maßnahmen und besondere Wohnumfeldqualitäten _____

Förderfähige städtebauliche oder gebäudebedingte Mehrkosten
(Nutzungsänderung) _____

⁴ Die hier erfassten förderfähigen Kosten dienen ausschließlich zur Bestimmung der Zusatzdarlehen und sind in den oben genannten Kostengruppen bereits inkludiert.

Finanzierungsmittel

Fremddarlehen⁵

- a) Darlehen der _____
 Zinssatz ____% Auszahlung ____% Tilgung ____% _____
 Tilgungsersatzleistungen _____€
 Anzahl der tilgungsfreien Anlaufjahre _____
 Besicherung laut Grundbuch: vorrangig⁶ nachrangig⁵
 nicht gesichert an anderen Objekten gesichert
- b) Darlehen der _____
 Zinssatz ____% Auszahlung ____% Tilgung ____% _____
 Tilgungsersatzleistungen _____€
 Anzahl der tilgungsfreien Anlaufjahre _____
 Besicherung laut Grundbuch: vorrangig⁵ nachrangig⁵
 nicht gesichert an anderen Objekten gesichert
- c) Darlehen der _____
 Zinssatz ____% Auszahlung ____% Tilgung ____% _____
 Tilgungsersatzleistungen _____€
 Anzahl der tilgungsfreien Anlaufjahre _____
 Besicherung laut Grundbuch: vorrangig⁵ nachrangig⁵
 nicht gesichert an anderen Objekten gesichert

Förderdarlehen der NRW.BANK

Tilgung 2% _____

Eigenleistungen⁷

Eigene Geldmittel _____
 Zuschüsse _____
 Sonstiges _____
 Sonstiges _____
 Sonstiges _____

Summe Finanzierungsmittel _____

Nachrichtlich: Selbsthilfe⁸ _____

⁵ Fremddarlehen können als Eigenleistung berücksichtigt werden, wenn auf die Besicherung im Grundbuch verzichtet wird oder eine Eintragung im Rang nach der NRW.BANK oder an anderen Objekten erfolgt.

⁶ Besicherung im Rang vor oder nach dem Förderdarlehen der NRW.BANK.

⁷ Sollen bereits bezahlte, unbelastete Grundstückswerte als Eigenleistung eingebracht werden sind diese unter „Sonstiges“ auszuweisen.

⁸ Hier sind nur Selbsthilfeleistungen einzutragen, die sich reduzierend auf die Gesamtkosten auswirken und somit nicht Teil der Kosten und Finanzierungsmittel sind.

Angaben zum Objektaufwand

Jährliche Erbbauzinsen _____

Monatliche Bewirtschaftungskosten⁹ für Wohnplätze
(in € pro Wohnplatz) _____

Monatliche Bewirtschaftungskosten⁸ für Gewerbe (in € pro m²) _____

Monatliche Bewirtschaftungskosten⁸ für Tiefgaragen-
stellplätze (in € pro Stellplatz) _____

Monatliche Bewirtschaftungskosten⁸ für Garagen-
stellplätze (in € pro Stellplatz) _____

Monatliche Bewirtschaftungskosten⁸ für oberirdische
Stellplätze (in € pro Stellplatz) _____

Sonstige Aufwände¹⁰ _____

Angaben zum Objektertrag

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag
für geförderte Wohnplätze (in € pro Wohnplatz) _____

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag
für frei finanzierte Wohnplätze (in € pro Wohnplatz) _____

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag
für Gewerbe (in € pro m²) _____

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag
für Tiefgaragenstellplätze (in € pro Stellplatz) _____

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag
für Garagenstellplätze (in € pro Stellplatz) _____

Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag
für oberirdischen Stellplatz (in € pro Stellplatz) _____

Sonstige Erträge _____

⁹ Bewirtschaftungskosten ohne Abschreibung und Betriebskosten.

¹⁰ Z. B. Laufende Leistungen der Restverbindlichkeiten. Finanzierungskosten der vorliegenden Gesamtfinanzierung müssen nicht angegeben werden.

Informationen und Erklärungen zu den Rechtsgrundlagen

Mir/Uns, der/den antragstellenden Person/en oder dem antragstellenden Unternehmen, ist bekannt:

1. dass Grundlage der Antragstellung und Förderzusage das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW), die Förderrichtlinie Öffentliches Wohnen im Land Nordrhein-Westfalen 2026 (FRL öff Wohnen NRW 2026) sowie die jeweils dort genannten weiteren Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind,
2. dass die Förderzusage auf der Grundlage des gestellten Förderantrags und der oben genannten Rechtsgrundlagen Bestimmungen über die Einsatzart und Höhe der Fördermittel, die Dauer der Gewährung, Verzinsung und Tilgung der Fördermittel, die Wohnungsgrößen, die Rechtsfolgen eines Eigentumswechsels an dem geförderten Objekt, die Art und Dauer der Zweckbindung sowie die Art, Höhe und Dauer der Mietbindungen enthalten wird,
3. dass unrichtige oder unvollständige Angaben im Förderantrag oder in den beizubringenden Unterlagen, ebenso wie ein Verstoß gegen Mitteilungs- oder Auskunftspflichten aus dem Förderantrag, die Rücknahme der Förderzusage beziehungsweise die Kündigung des Darlehensvertrags nach sich ziehen können und strafrechtlich verfolgt werden können.

Bei den Fördermitteln handelt es sich um Gelder des Landes Nordrhein-Westfalen, die ursprünglich aus Steuermitteln finanziert wurden und über die NRW.BANK revolving zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden; ferner um Finanzhilfen des Bundes.

Verpflichtungen und Erklärungen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns,

Durchführung der Maßnahme(n)

— die zu fördernde(n) Maßnahme(n) entsprechend den hierfür geltenden Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen sowie den Bestimmungen und gegebenenfalls den Auflagen der aufgrund dieses Förderantrags erteilten Förderzusage innerhalb von 24 Monaten nach Erteilung der Förderzusage fertigzustellen. Die Fördermittel werde(n) ich/wir ausschließlich für die bewilligte(n) Maßnahme(n) verwenden.

— die Bewilligungsbehörde über Änderungen im Laufe des Baugenehmigungsverfahrens, Abweichungen von den der Bewilligung zugrunde liegenden Planungsunterlagen oder Änderungen während der Bauausführung zu informieren und entsprechende Nachweise vorzulegen. Dies gilt auch für Kostenänderungen und Änderungen der Gesamtfinanzierung.

Verwaltung der Wohnplätze

— die öffentlich-geförderten Wohnplätze entsprechend den maßgeblichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen, insbesondere den Bestimmungen der Förderzusage, zu verwalten, vor allem die öffentlich-geförderten Wohnplätze nur solchen Haushalten zur Nutzung zu überlassen, die nach den geltenden Bestimmungen und der Förderzusage bezugsberechtigt sind.

Belegungsbindung

- die öffentlich geförderten Wohnplätze für die Dauer von wahlweise 25, 30, 35 oder 40 Jahren an Auszubildende oder Studierende zu überlassen. § 13 Absatz 1 WFNG NRW findet keine Anwendung. Auszubildende haben ihre Wohnberechtigung gegenüber der Förderempfängerin oder dem Förderempfänger oder der Trägerin oder dem Träger der Einrichtung über eine Bescheinigung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers nachzuweisen, Studierende durch eine Studienbescheinigung. Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger oder die Trägerin oder der Träger der Einrichtung hat eine Belegungsliste zu führen, der die jeweils aktuellen Bescheinigungen der Bewohnerinnen und Bewohner beizufügen sind.

Miete

- für die Dauer der in der Förderzusage festgelegten Zweckbindung im Mietvertrag höchstens eine Miete zu vereinbaren, die die höchstzulässige Miete entsprechend der Förderzusage nicht übersteigt.

Prüfung der persönlichen Voraussetzungen

- der Bewilligungsbehörde und der NRW.BANK zur Prüfung der persönlichen Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2, 3 und 5 WFNG NRW auf Verlangen Nachweise über meine/unsere Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen die Gewährung der beantragten Fördermittel gefährdet sein kann.

Verkauf und Rechtsnachfolge

- die Veräußerung von öffentlich-gefördertem Wohnraum während der Zweckbindung unverzüglich der NRW.BANK schriftlich mitzuteilen und für den Zeitraum der Darlehensgewährung nicht ohne vorherige Zustimmung der NRW.BANK durchzuführen. Näheres regelt der Darlehensvertrag.
- im Falle des Eigentumswechsels die rechtsnachfolgende Person auf die Verpflichtungen aus dem Förderantrag und der Förderzusage hinzuweisen.

Die vorzeitige und vollständige Rückzahlung der Förderdarlehen verkürzt die Dauer der Zweckbindung nicht. § 23 Absätze 1 und 3 WFNG NRW (Zwangsversteigerung) bleiben unberührt.

Erklärungen

Ich/Wir erkläre(n), dass

- mit der/den Maßnahme(n)/dem Vorhaben gem. Nr. 1.5 der FRL öff Wohnen NRW 2026 nicht vorzeitig begonnen wurde.
- die Angaben in diesem Förderantrag (einschließlich Antragsunterlagen) wahrheitsgemäß und vollständig sind.

Hinweise

Ihre Hilfe und Mitwirkung ist erforderlich

Ihr Förderantrag soll möglichst schnell bearbeitet werden.

Ihre Mitwirkung bei der Ermittlung von relevanten Sachverhalten sowie der Angabe von bekannten Tatsachen und Beweismitteln ist deshalb erforderlich und nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 26 VwVfG NRW) auch so vorgesehen.

Füllen Sie den Förderantrag bitte vollständig aus.

Verwaltungsgebühr

Die Bewilligungsbehörde erhebt für ihre Verwaltungstätigkeit eine Gebühr gemäß der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW) in der jeweils geltenden Fassung.

Der Schutz Ihrer Daten

Ihre persönlichen und antragsbezogenen Daten werden auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) in Verbindung mit Artikel 6 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie § 26 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW (VwVfG NRW) erhoben. Danach sollen die Beteiligten an einem Verwaltungsverfahren, also auch die antragstellenden oder beauftragten Personen, bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken, insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben. Eine Bearbeitung des Förderantrags ist nur möglich, wenn dieser vollständig ausgefüllt ist.

Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass die Datenschutzhinweise der NRW.BANK unter der Internetadresse www.nrwbank.de/dsh_wrf eingesehen werden können.

Darüber hinaus gestatte(n) ich/wir, dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden, dem zuständigen Finanzamt sowie meinem/unserem Steuerberatungsbüro/Wirtschaftsprüfungsbüro oder Ähnlichem eingeholt werden. Ferner ist mir/uns bekannt, dass die NRW.BANK Einsicht in das elektronisch geführte Grundbuch nimmt.

Ich/Wir befreie(n) die NRW.BANK insoweit vom Bankgeheimnis.

Unterschriften

Für antragstellende Privatperson(en):

Mit der Unterschrift bestätige(n) ich/wir die Richtigkeit aller Angaben/Erklärungen dieses Förderantrags und bestimme(n) ausdrücklich die Adresse der ersten ausgewiesenen antragstellenden Person als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Bescheiderteilung.

Antragstellende Person 1

Name, Vorname

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Steuer-ID

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Angaben zum beruflichen Status der antragstellenden Person¹¹

Arbeiter/-in

Angestellte(r)

Beamtin/Beamter

Rentner/-in, Pensionär/-in

arbeitslos

Hausfrau/Hausmann

Schüler/-in

Studierende(r)

Auszubildende(r)

ohne Berufsangabe

wirtschaftlich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

freiberuflich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

Unterschrift

¹¹ Bitte die Zusatzangaben zum Beruf ankreuzen, diese sind aufgrund § 18 BBankG – Kreditnehmerstatistik der Deutschen Bundesbank erforderlich.

Antragstellende Person 2

Name, Vorname

Geburtsdatum

Staatsangehörigkeit

Steuer-ID

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

Angaben zum beruflichen Status der antragstellenden Person¹²

Arbeiter/-in

Angestellte(r)

Beamtin/Beamter

Rentner/-in, Pensionär/-in

arbeitslos

Hausfrau/Hausmann

Schüler/-in

Studierende(r)

Auszubildende(r)

ohne Berufsangabe

wirtschaftlich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

freiberuflich selbstständig

Wirtschaftszweig/Branche

Unterschrift

Für ein antragstellendes Unternehmen:

Mit der Unterschrift bestätige(n) ich/wir die Richtigkeit aller Angaben/Erklärungen dieses Förderantrags und bestimme(n) ausdrücklich die Adresse des ausgewiesenen antragstellenden Unternehmens als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Bescheiderteilung.

Steuernummer

Unterschrift

Firmenstempel

¹² Bitte die Zusatzangaben zum Beruf ankreuzen, diese sind aufgrund § 18 BBankG – Kreditnehmerstatistik der Deutschen Bundesbank erforderlich.

Unterlagen

Diesem Förderantrag sind beigelegt oder werden nachgereicht:

- Lageplan (gem. § 3 BauPrüfVO)
- aktuelles Grundbuchblatt
- Bauzeichnungen im Maßstab 1:100 (Grundrisse, Schnitte, Ansichten) mit eingez. Nutzung/Möbelstellung (gem. § 4 BauPrüfVO)
- Bau- und Betriebsbeschreibung (gem. § 5 BauPrüfVO)
- Berechnung des Brutto-Rauminhalts des/der Gebäude(s) nach DIN 277
- Berechnung der Wohnfläche (WoFIV) und sofern erforderlich gewerblichen Nutzfläche (DIN 277)
- Bauantrag oder Baugenehmigung
- Kostenberechnung nach DIN 276 mit Unterschrift der/des Bauvorlageberechtigten oder der Entwurfsverfasserin bzw. des Entwurfsverfassers (zu § 6 BauPrüfVO)
- Wärmeschutznachweis nach § 68 BauO NRW, ggfs. Nachweis eines höherwertigen Effizienzstandards durch Energieeffizienz-Experten/-innen
- Bei Aufteilung nach WEG: Teilungserklärung bzw. Entwurf, Teilungsplan
- bei Erbbaurechten: eine vollständige Kopie des Erbbaurechtsvertrags
- Bei Erhalt von Bestandsgebäuden auf dem Besicherungsgrundstück, die nicht Gegenstand der Förderung sind: Angaben zu Erträgen, Flächen und Baujahr (aktuelle Mieterlisten usw.)
- Bei vorhandenen Gewerbeeinheiten: Mietverträge
- Nachweis für die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Mittel
- Gegebenenfalls eine Bankbestätigung über die vorhandene Darlehensrestschuld, mit Angabe des ursprünglichen Nominalkapitals und der vereinbarten Konditionen (Zins- und Tilgungssatz in Prozent), nach neustem Stand
- Zeichnerische Darstellung der Freiflächengestaltung im Maßstab 1:500 oder 1:250 mit Darstellung der Begrünung des Grundstücks, der Unterbringung des ruhenden Verkehrs, des Umgangs mit dem Regenwasser und dem flächenmäßigen Nachweis, dass mindestens ein Drittel der Grundstücksfläche als Grünfläche (ohne Stellplätze) gestaltet ist
- Gegebenenfalls die Vertretungsvollmacht für die bevollmächtigte Person/Firma

Bei Zusatzdarlehen für

- standortbedingte, gebäudebedingte oder städtebauliche Mehrkosten: Gutachten, qualifizierte Kostenaufstellung von Entwurfsvorlageberechtigten, Rechnungen oder Kostenvoranschläge
- Klimaanpassungsmaßnahmen und besondere Wohnumfeldqualitäten: Kostenvoranschlag
- Energieeffizienz: Nachweise durch Energieeffizienz-Expertin oder Energieeffizienz-Experten
- Bauen mit Holz: Nachweise
- ein Mehr an barrierefreiem Wohnen, wenn der Wohnraum Menschen mit Schwerbehinderung vorbehalten werden soll: Bedarfsbestätigung der zuständigen Stelle
- Planungswettbewerbe: Registriervermerk und Auslobungsunterlagen
- Brandschutzmaßnahmen in Gruppenwohnungen: Gutachten oder Kostenvoranschlag
- Bei Wohnungen mit BEG-Standard Effizienzhaus 55 ist mit Bezug der Standard durch eine Energieeffizienz-Expertin oder einen Energieeffizienz-Experten nachzuweisen.
- In Bergsenkungsgebieten eine Erklärung der Bergbaugesellschaft über die Notwendigkeit von baulichen Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen und gegebenenfalls die Kostenübernahme
- Gegebenenfalls der Grundstückskaufvertrag/Entwurf des Kaufvertrags.
- bei kirchlichen Trägern gegebenenfalls die Zustimmung des zuständigen Bistums beziehungsweise Landeskirchenamtes,
- Die datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung der antragstellenden Person auf separatem Vordruck (wird von der Bewilligungsbehörde ausgegeben).
- Gegebenenfalls Nachweise zu Bau- und Altlasten

Auskünfte hierüber erteilt Ihnen die Bewilligungsbehörde.

Zusätzliche Unterlagen werden auf Anforderung der Bewilligungsbehörde nachgereicht.

Vordrucke erhalten Sie bei Ihrer Bewilligungsbehörde oder im Internet unter www.nrwbank.de/vordrucke.